



Änderungsantrag

Fraktion DIE LINKE

Landwirtschaftliche Flächen im Grundstock des Landes und der Kommunen als dauerhaft verlässliche Einnahme sichern

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/5256**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Beschlusstext wird um folgende Sätze ergänzt:

„Darüber hinaus bittet der Landtag die Landesregierung, einen angemessenen Teil der Sondervermögen und Rücklagen in Grundvermögen und Immobilien anzulegen.“

Begründung

Die Fraktion DIE LINKE kritisiert seit mehreren Jahren die fortgesetzte Veräußerung landwirtschaftlichen Grundvermögens zur Deckung konsumtiver Bedarfe im Landeshaushalt. Mit Änderungsanträgen zum Haushaltsplan sowie dem Gesetzentwurf in der Drucksache 7/4140 hat DIE LINKE mehrfach einen Stopp des Ausverkaufs aus dem Grundstock sowie einen Aufbau von Grund- und Immobilienvermögen gefordert. Die allein auf Kapitalrücklagen fokussierte Vermögensbildung der Landesregierung ist in Zeiten niedriger Zinsen und unsicherer internationaler Finanzmärkte eine risikoreiche Strategie. Zudem wird das Landesgeld am Kapitalmarkt nachweislich nicht nachhaltig angelegt. Ein alternativer Aufbau von Grund- und Immobilienvermögen würde mittel- und langfristig finanz- und strukturpolitische Handlungsfähigkeit sichern.

Die BVVG hielt zum 31.12.2018 noch mehr als 25.000 Hektar Land in Sachsen-Anhalt. Statt diese weiterhin höchstbietend an Agrarinvestoren zu verkaufen, sollte die Landesregierung die Verhandlungen zu einem Ankauf der verbleibenden Flächen wieder aufnehmen. Ebenso sollte die Landesregierung intensiv prüfen, bei welchen durch das Land genutzten Liegenschaften ein Ankauf wirtschaftlicher als eine dauerhafte Anmietung ist.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 20.11.2019)